

## FORUM

## Mehr Härte, bitte

Wer wie VW 15 Milliarden Euro Gewinn macht und betrügt, muss auch mit zig Milliarden Euro Strafen rechnen. *Von Udo Philipp*

**H**arte Worte, weiche Landung: Das ist das Ergebnis der VW-Hauptversammlung, auf der sich das Management zwar der Kritik stellen musste – sonst aber nicht viel zu befürchten hatte. Die Mehrheitsgesellschafter Piëch und Porsche stehen zu ihren Vorständen. Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch ist trotz manifstem Interessenskonflikt weiter im Amt. Der Vorstand genehmigt sich 63,2 Millionen Euro an Boni – und wird entlastet, obwohl die sonst so zurückhaltende Aufsichtsbehörde Bafin sämtliche Mitglieder wegen Marktmanipulation angezeigt hat.

Der Fall zeigt eine klaffende Lücke im Gesetz: Ausgerechnet in der größten Krise der Unternehmensgeschichte reguliert sich das System VW nicht selbst, weil den Beteiligten in Wolfsburg offenbar der innere Kompass verloren gegangen ist. Daher muss der Staat die Richtung vorgeben – mit einem intelligenten Unternehmensstrafrecht.

In vielen Ländern entfalten Unternehmensstrafen abschreckende Wirkung. Wenn etwa in England Banken Zinssätze zu ihren Gunsten manipulieren, müssen sie Milliarden zahlen. Wenn VW die Abgaswerte frisieret und die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet, kennen die USA keine Gnade – Deutschland schon. Bußgelder für Unternehmen sind hierzulande auf 10 Millionen Euro gedeckelt. Das heißt: Ein Betrug kann noch so schwer sein, mit mehr Strafe muss ein Konzern nicht rechnen.

Der Wolfsburger Autobauer hat 2014 knapp 15 Milliarden Euro Gewinn erwirtschaftet. 10 Millionen Euro Bußgeld sind so, als käme ein Bankräuber mit einem 15-Euro-Knöllchen davon. Kein Wunder, dass deutsche Unternehmen mehr Respekt vor amerikanischen Gerichten haben.

Die Lücke wird umso offener, wenn man betrachtet, wie das System VW versagt hat – obgleich das Land beteiligt ist und Gewerkschaften bei dem Autobauer großen Einfluss genießen. Im rheinischen Kapitalismus, so scheint es, hackt keine Krähe der anderen ein Auge aus. Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als ob das Land Niedersachsen und die Gewerkschaften machtlos gegen die Mehrheit der Familienclans wären. Das stimmt nur für die Hauptversammlung. Die wichtigsten Entscheidungen fallen aber im Aufsichtsrat, und dort genießen die Arbeitnehmervertreter zusammen mit dem Land eine komfortable Mehrheit. Fehlentscheidung nach Fehlentscheidung haben sie mitgetragen.

Zum Beispiel die Personalie Pötsch. Arbeitnehmervertreter und Land folgten

dem Vorschlag der Familien, die ihren Vertrauten zum Aufsichtsratschef machen wollten. Viel zu gefährlich für den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Piëch, wenn eine starke unabhängige Person das Ruder übernehmen würde.

**Aufsichtsrat und Vorstand sollten wie bei Siemens komplett ausgetauscht werden**

Auch die 63,2 Millionen Euro Boni für die Vorstände gehen auf das Konto der Gewerkschaften und des Landes, denn auch diese Entscheidung bedarf einer Mehrheit im Aufsichtsrat. Die Boni mögen formal rechtens gewesen sein, moralisch waren sie unverträglich. Jeder Eigentümer würde seine Vorstände entlassen, wenn die in der größten Krise der Unternehmensgeschichte auf formalen Rechten bestehen und nicht bereit sind, die katastrophale Symbolik ihres Handelns zu verstehen.

Vorstände und Eigentümer großer Unternehmen schaffen es immer wieder, in-

dustriefreundliche Politiker und industriefreundliche Gewerkschaften zu einer unheiligen Allianz zu vereinen. Egal ob bei der Erbschaftsteuer oder dem Unternehmensstrafrecht: Immer sind angeblich Arbeitsplätze im großen Stil gefährdet, sobald harte Regeln im Raum stehen. Ein Märchen. Selbst, wenn im schlimmsten Fall die Strafen wirklich so hoch wären, dass VW Konkurs anmelden müsste – was niemand will – wäre das nicht das Ende des Unternehmens.

Bei einem Konkurs würde sich sofort ein Investor finden, der VW fortführt. Die Autos aus Wolfsburg finden guten Absatz, die Fabriken sind in bestem Zustand und viele Milliarden wert. Die Marken, die Patente, das Know-how der Facharbeiter noch viel mehr. Kein Arbeiter würde arbeitslos. Die einzigen, die arbeitslos würden, wären die Vorstände und Aufsichtsräte. Und die heutigen Aktionäre würden ihre Anteile verlieren.

Wenn Bankraub mit einem Knöllchen in Höhe von 15 Euro bestraft würde, wäre er wahrscheinlich so verbreitet wie Falschpar-

ken. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es bei Unternehmen immer wieder Skandale gibt. Strafen sollten bei gravierenden Betrügereien ein Vielfaches des Konzerngewinns betragen. Wer 15 Milliarden Euro Gewinn macht wie VW und absichtlich die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel setzt, muss auch mit zig Milliarden Euro Strafen rechnen. Es ist ein Skandal, dass VW in den USA neun Milliarden Euro Strafe für eine halbe Million manipulierte Autos zahlen muss, und für die über zehn Millionen gesetzeswidrigen Fahrzeuge in Europa mit einem blauen Auge davonkommen wird.

Das Beispiel VW zeigt auch, dass eine Bestrafung des Unternehmens allein nicht ausreicht. VW ist einer der größten organisierten mutmaßlichen Betrugsfälle, die wir in Deutschland je erlebt haben. Dass die alte Führungsmannschaft dennoch im Amt bleibt, ist so, als würde die Polizei einen Verdächtigen zum leitenden Kommissar bei der Aufklärung einer Straftat bestellen. Auch das sollte der Gesetzgeber regeln: Betrügereien sollten von unbelasteten Managern und Aufsichtsräten aufgeklärt werden. Das Argument von VW, Manager von außen wären nicht in der Lage, das Unternehmen zu verstehen, ist hanebüchen. Auch Siemens hat vor zehn Jahren einen großen Skandal erlebt. Siemens geht es deswegen heute wieder gut, weil hier sowohl im Aufsichtsrat als auch im Vorstand die Verantwortlichen radikal ausgetauscht wurden.

Der Staat muss verhindern, dass Aktionäre und Management die Unternehmensstrafe auf dem Rücken der Arbeitnehmer austragen und so tun, als hätten sie selbst mit den Vergehen nichts zu tun. Die Strafen müssen daher mit einem Verbot von Boni und Dividenden einhergehen. Wenn die Strafe ein Vielfaches des Gewinns beträgt, dann sollen auch für entsprechend viele Jahre weder Manager noch Aktionäre in die Kasse des Unternehmens greifen dürfen. Nur so ist gewährleistet, dass das Unternehmen die finanziellen Mittel für das hohe Bußgeld hat und nicht Investitionen kürzen oder Mitarbeiter entlassen muss.

Für unsere Gesellschaft ist es bedenklich, wenn Menschen mit Vorbildfunktion nicht wissen, was Anstand ist. Es wäre besser, wenn der Staat nicht eingreifen müsste. VW zeigt aber, dass es ohne klare Vorgaben nicht funktioniert. Mit einem intelligenten Unternehmensstrafrecht wäre uns die Tragödie von VW erspart geblieben.



**Udo Philipp** ist Aufsichtsrat von Triodos, einer Bank mit ethischen Leitlinien. Er ist stellvertretender Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen der Partei Bündnis 90/Die Grünen.  
FOTO: JAN GREUNE